

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 120408
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Wolfgang Roth MdB, Stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, begrüßt das klare Wort des Sachverständigenrats: Kohl/Genscher-Regierung beginnt mit Fehlstart. Seite 1

Nils Diederich MdB warnt vor einer Verfassungsänderung; Opportunismus nicht gefragt. Seite 2

Gerhard Schröder MdB hofft, daß die Liberalen die "Malerinnung" verteidigen: Die FDP nicht aufgeben. Seite 3

Horst Peter MdB fürchtet, daß auf die "Atempause" in der Sozialpolitik deren Erstickungstod folgt: Die Regierung der "großen Industrie". Seite 5

Dagmar Luok MdB setzt sich dafür ein, daß Bonn und die EG Siles Zuazo unterstützen: Signalwirkung für ganz Lateinamerika. Seite 7

Dokumentation

Der Vorsitzende des F.D.P.-Kreisverbandes München-Land, Wolfgang Ihrig, begründet seinen Rücktritt: Machenschaften der F.D.P. in Bonn. Seite 8

37. Jahrgang / 193

11. Oktober 1982

Klares Wort der Sachverständigen

Kohl/Genscher-Regierung beginnt mit Fehlstart

Von Wolfgang Roth MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der Sachverständigenrat hat in seinem Sondergutachten vom 9. Oktober 1982 der neuen konservativ-liberalen Regierung eine schallende Ohrfeige verpaßt. Die Wende zum Besseren wird nicht stattfinden.

Die wirtschafts- und finanzpolitischen Beschlüsse der Regierung Kohl/Genscher führen dazu, daß der Staat das Wirtschaftswachstum um 13 Milliarden DM verringern wird. Die Zahl der Arbeitslosen wird damit stärker steigen; 1983 werden im Durchschnitt 2,25 Millionen Menschen ohne Arbeit sein. 400.000 mehr als 1982. Die Löhne und Gehälter werden netto nur um 0,5 Prozent steigen, die Unternehmergewinne dagegen um zehn Prozent.

Der Sachverständigenrat lehnt deshalb auch wesentliche Teile der Regierungsbeschlüsse ab:

1. Konjunkturelle Haushaltslöcher sollten nicht durch weiteres Sparen und Steuererhöhungen, sondern durch die Aufnahme zusätzlicher Kredite gestopft werden;
2. Helmut Kohl soll auf die Anhebung der Mehrwertsteuer von 13 auf 14 Prozent verzichten;
3. die Zwangsanleihe für Besserverdienende sollte von - derzeit geplant - vier Milliarden auf zehn Milliarden erhöht werden;
4. damit sollte nicht der Wohnungsbau, sondern Investitionen der gewerblichen Wirtschaft gefördert werden.

Auch der Sachverständigenrat macht deutlich: Die Regierung Kohl/Genscher beginnt ihre Arbeit mit einem Fehlstart. Von der hochtrabenden Ankündigung, die neue Regierung werde die Wirtschaft wieder auf Touren bringen, bleibt nichts übrig. Die Wirtschafts- und finanzpolitischen Beschlüsse, das wissen wir seit der Vorlage des Sondergutachten des Sachverständigenrates, verschärfen die Krise, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt.

(-/11.10.1982/ks/ca)

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesbarger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Verleger: GODES-
BARGER ALLEE 108-112
5300 BONNEN
KREIS-POST



Opportunismus nicht gefragt

Sozialdemokraten sollten Verfassungsänderung genau überlegen

Von Professor Dr. Nils Diederich
Mitglied des Deutschen Bundestages

Helmut Schmidt hat unter dem Beifall der ganzen Nation in seiner großartigen Rede vom 17. September 1982 und wiederholt am 1. Oktober 1982 die Legitimation einer neuen Regierung durch Neuwahlen gefordert. Er hat dafür einen Weg gewiesen. Die Union hat diesen Weg, der gangbar war, zurückgewiesen, weil es Herrn Kohl zunächst auf die Kanzlerschaft ankam.

Auf die Frage, welchen Weg zu Neuwahlen die Union denn anziele, hat es bislang keine Antwort gegeben. Unter den gegebenen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen gibt es auch keinen politisch akzeptablen Weg, und die Unionspolitiker wissen das.

Nun hält sich in den letzten Tagen das hartnäckige Gerücht, die Union wolle Neuwahlen über eine Verfassungsänderung ermöglichen. Dies muß sehr bedenklich erscheinen. Sozialdemokraten sollten sich sehr genau überlegen, ob sie ihre Stimme für eine Verfassungsänderung leihen, die aus reinen Opportunitätsbetrachtungen den Weg für Neuwahlen freimachen soll, der vorher durch das Verhalten der Mehrheit verschüttet worden ist.

Die Väter des Grundgesetzes haben um der Stabilität willen die Figuren der Vertrauensfrage und des konstruktiven Mißtrauensvotums sorgfältig aufeinander abgestimmt. Und - so bitter es für uns Sozialdemokraten ist - das Verfassungsinstrument hat funktioniert. Die Einfügung der Selbstauflösung des Parlaments könnte eine Verschiebung des diffizilen Gleichgewichts zwischen den Verfassungsorganen herbeiführen, die letztlich niemandem hilft und die politische Stabilität unseres Landes schwächt.

Die mangelnde politische Legitimation der neuen Regierung ist nicht das Problem der Sozialdemokraten. Niemand kann sich darauf berufen, daß er es nicht vorher gewußt habe, denn schließlich ist das Grundgesetz seit 1949 bekannt. Wir sollten Verfassungsregeln nicht deshalb ändern, weil sie in einer vorübergehenden politischen Situation unbequem sind.

(-/11.10.1982/vo-he/ca)

+ + +



Die FDP nicht aufgeben

Gegen die "Malerinnung" müßten die Freiburger Thesen verteidigt werden

Von Gerhard Schröder

Mitglied des Deutschen Bundestages

Genscher hat sich durchgesetzt. Die FDP hat verloren. Das Ausmaß ihres Glaubwürdigkeitsverlustes wird sich noch zeigen. Aber es geht nicht nur um eine Partei mit beachtlichen Traditionen und Personen. Genschers Coup hat die Glaubwürdigkeit des politischen Systems und die seiner Repräsentanten dramatisch gemindert.

Sollten er oder seine Kombattanten jemals wieder Klage darüber führen, daß "die Jugend" sich dem Staat zunehmend entfremdet, wird man auf die historischen Verantwortlichkeiten verweisen müssen. Die Ereignisse der letzten Tage dürften bei vielen Menschen, jungen zumal, das Gefühl verstärkt haben, Politik sei ein schmutziges Geschäft.

Der "Staatsnotstand", auf den Kohl zur Rechtfertigung dieses Schachers hingewiesen hat, könnte durch solche Vorgänge wohl heraufbeschworen werden. Denn wie steht es mit der Legitimation eines Staates, dessen Institutionen so unverhohlen zum Spielball von Machtinteressen einzelner gemacht werden?

Angesichts dessen tut es gut, zu erfahren, daß es Liberale gibt. Da sind William Born und Ingrid Matthäus, Gerhard Baum und Helga Schuchardt, Günter Verheugen und Carola von Braun. Da sind aber auch die in Vorstand und Fraktion, deren Namen nicht durch die Presse gegangen sind. Da sind aber vor allen Dingen die Massen der Namenlosen, die den politischen Liberalismus gegen "Liberale" wie Genscher und Gattermann, wie Lambsdorff und Ertl verteidigt haben.

Sie alle haben eine Schlammschlacht verloren, persönlich aber unendlich gewonnen. Gewonnen hat mit Ihnen die Idee eines aufgeklärten, auch sozialen Fragen gegenüber aufgeschlossenen Liberalismus. Wie kann es weitergehen mit diesem Liberalismus?

Daß er eine Zukunft hat, kann angesichts der Reaktionen nicht zweifelhaft sein. Was seine moralische Substanz angeht nicht, aber auch nicht was seine - sicher in Grenzen vorhandene - Massenwirksamkeit angeht. Nur, wie wird sich dieser sozial-fundierte Liberalismus organisieren?

Um es vorweg zu nehmen: Man muß hoffen, zunächst in der FDP. Das erscheint paradox, wäre aber gleichwohl vernünftig.

Um sich erschließen zu können, warum, lohnt es, sich die hinter dem Coup Genschers stehenden strategischen Vorstellungen klarzumachen.

Seit geraumer Zeit ist erkennbar, daß die FDP, was ihren Wähleranhang angeht, Schwierigkeiten hat.

Die FDP geriet in die Zange zwischen den Erwartungen der Mitglieder der "Malerinnung" und jenes fortschrittlichen Bürgertums, das diese Partei nach Freiburg organisieren konnte.

Die ökonomischen Forderungen der einen stoßen auf die ökologischen Erwartungen der anderen. Genscher und Lambsdorff setzten einseitig auf die alte Wachstumsgesellschaft und ihr verpflichteten Interessen.

Dies forcierte den Prozeß der Abwendung ökologisch motivierter bürgerlicher Wähler. Verstärkt wurde dieser Prozeß durch eine reaktionäre Interpretation der Entspannungspolitik durch Genscher. Kompromisse in ökologischen Fragen hätten jene aufgeklärten bürgerlichen Wähler noch akzeptiert, die Abwendung von einer risikobereiten Entspannungspolitik mußte sie zur Preisgabe der FDP bringen.

Diese von Genscher selbst herbeigeführte Situation wurde dann zur Begründung des Koalitionsbruchs benutzt. Unter Hinweis auf den (selbstverschuldeten) Verlust jener Wählerschichten wurde die Notwendigkeit der Konzentration auf die "Malerinnung" begründet.



Diese Konzentration wird inhaltliche und personelle Folgen haben.

1. Um nicht auch noch die "Malerinnung" zu verlieren, wird die FDP ein Wirtschaftsprogramm vertreten, das "rechts" von der CDU angesiedelt ist, also weder Rücksichten auf soziale Fragen noch auf ökologische Notwendigkeiten nimmt.
2. Die von Baum propagierte "ökologische" Initiative wird zugunsten der Durchsetzung dieses Programms aufgegeben. Die FDP wird eine rein an Wachstum orientierte Wirtschaftspolitik betreiben.
3. Der (neuen) Koalitionshygiene wegen (man hat sich schließlich ausgeliefert) werden fortschrittliche Positionen in der Rechts- und Verfassungspolitik geräumt. Ganz folgerichtig enthält die Koalitionsvereinbarung den Verzicht auf jegliche Differenzierung bei der Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst und ebenso die Beerdigung des Vorhabens, die Gewissenüberprüfung für Kriegsdienstverweigerer abzuschaffen.
4. An die Stelle liberaler Verfassungsinterpretation wird als ideologischer Brei über ein rechtsliberales Wirtschafts- und Gesellschaftsprogramm eine Neuauflage des Antiklerikalismus gegossen, der der Abgrenzung zu CDZ und CSU in "ideologischen" Fragen dienen soll.
5. Personell wird versucht werden, den einem sozial-fundierten Liberalismus verpflichteten Flügel der Partei politisch zu eliminieren. Jeder Integrationsversuch würde die "Malerinnung" nur verwirren.

Angesichts dessen erscheint es beinahe ausgeschlossen, daß der Liberalismus der "Freiburger Thesen" in der FDP noch eine Zukunft hat, die organisatorischen Neuformierung der ihm verpflichteten Kräfte ist daher notwendig.

Doch ist das wirklich die jetzt richtige Antwort? Dies wird man verneinen müssen.

Genscher hat sich zwar nicht über die Mehrheitsverhältnisse in der FDP-Bundestagsfraktion getäuscht. Aber er hat die Lebendigkeit der Freiburger Thesen in seiner Partei falsch eingeschätzt. Der "Aufstand" der Basis gegen ihn und seine Politik weist dies eindeutig aus.

Angesichts dessen lohnt es für die wirklichen Liberalen, um die FDP zu kämpfen; mit einem Programm, das "Freiburg" veränderten Bedingungen anpaßt, aber nichts von diesen Freiburger Thesen aufgibt.

Die Elemente eines solches Programms könnten sein:

1. Die Dominanz ökonomischen Denkens gegenüber ökologischen Fragestellungen muß aufgegeben werden.
2. In der Rechts- und Verfassungspolitik muß die Linie Gerhart Baums kompromißlos vertreten werden. Darüber hinaus muß die FDP noch stärker als bisher Bürokratismus bekämpfen und Partizipationsmöglichkeiten, sowohl individuelle wie auch kollektive, fördern und durchsetzen.
3. Die Entspannungspolitik muß als Alternative zu einer Militarisierung des sicherheitspolitischen Denkens gegen Genschers Immobilismus in dieser Frage neu entdeckt werden. Der Kampf gegen die Nachrüstung muß als strategischer Ausgangspunkt einer solchen Offensive noch härter als bisher geführt werden.

Bevor nicht klar ist, daß eine solche Politik in der FDP nicht einmal eine Chance für eine kämpferische Minderheit hat, die auch über parlamentarische Sperrminoritäten verfügt, sollte die FDP nicht aufgegeben werden. Um des politischen Liberalismus willen, der für die demokratische Entwicklung in diesem Land, aber auch für ein mehrheitsfähiges Bündnis gegen die Reaktion nach wie vor eine nicht zu unterschätzende Funktion hat.

(-/11.10.1982/ks/ca)

+ + +



Die Regierung der "großen Industrie"

Folgt auf die "Atempause" in der Sozialpolitik deren Erstickungstod?

Von Horst Peter MdB

Die sozialdemokratische Alleinregierung als Rest der sozialliberalen Koalition wurde durch die rechte Bürgerblock-Regierung Kohl, Zimmermann und Genscher gestürzt.

Viele der Programmpunkte dieser Regierung können getrost erst einmal unbeachtet bleiben, sie bietet dort nichts. Die Programmpunkte zur Außen- und Deutschlandpolitik können nur als Arabesken, die Vollständigkeit und durchdachtes Programm vorspielen wollen, angesehen werden. Brüchig wird dieser Versuch schon durch das Loch in den Vereinbarungen zur Rechts-, Innen- und Gesellschaftspolitik. Es sei denn, die neue Koalition meine, das Einfügen von "Baum-Ab"-Zimmermann in diese Regierung demonstriere schon genügend Programm. Der Mann als Programm. Solche Kernforderungen wie die Einführung des Wahlrechts für im Ausland lebende Deutsche können jedenfalls nicht als der große Wurf gelten. Damit kann sich Herr Kohl nur die treue Gefolgschaft der Führer des Verbandes zur Förderung des Deutschtums im Ausland sichern.

Die Atempause in diesem Bereich der Politik wird die noch pubertierende politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland in der Entwicklung hemmen. Es droht der Rückfall in den politisch-kulturellen Infantilismus: die Bundesrepublik wirtschaftlich ein Riese, politisch, kulturell, moralisch retardiert.

Die quantitative Verteilung der Sachthemen in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP macht eines deutlich: Unter dem Schlagwort der Sanierung der Staatsfinanzen, der Förderung der Investitionen und der Beschäftigung wird Interessenpolitik für die große Industrie praktiziert. Das Regierungsprogramm ist ein Querschnitt durch die "Sieben-Punkte-Offensive" der CDU, der BDI-Jahrestagung 82, und Graf Lambsdorffs Gesamtübersicht über das, was nach Meinung aller an dieser Regierung Beteiligten jetzt oder später an sozialpolitischen Sicherungen für die Arbeitnehmer und ihre Angehörigen abgeschafft und der Industrie, den Reichen und Privilegierten an Vorteilen verschafft werden sollte. Die direkte und indirekte Kostenentlastung der Industrie, der Reichen und Privilegierten, das ist das Programm dieser Regierung, nur so ist die Installation dieser Regierung zu verstehen.

Daß diverse Angriffe auf die soziale Sicherung der Arbeitnehmer und ihrer Angehörigen gegen die Lebensrisiken Alter, Arbeitslosigkeit und Krankheit und anderes, die bis jetzt nicht im Programm des Kabinetts des Doktor Kohl stehen, wie Karenztage im Krankheitsfall und bei Arbeitslosigkeit, in nächster Zukunft erwartet werden können, ist bei dieser Koalition der Wortbrüchigen vorprogrammiert. Denn dies ist der "moralisch-geistige Neuanfang" dieser Regierung, deren Teile als Partner der sozialliberalen Koalition oder als Opposition das als "sozialistische Marterwerkzeuge" ablehnten, was sie nun als "erste Schritte in die richtige Richtung" feiern.

Daß diese Regierung dabei nicht zimperlich sein wird, beweisen die bis jetzt bekannten Maßnahmen dieser Regierung:

- die Selbstbeteiligung der Krankenhauspatienten: Von der alten Koalition als Ausgleich für zusätzliche Kostenbelastungen der Krankenkassen vorgesehen, wird trotz Fortfall der Kostenbelastungen beibehalten und ausgeweitet;



- die Zerstörung der Ausbildungsförderung, mit der Konsequenz, daß der Benutzer der Ellenbogen eine zusätzliche Gratifikation erhält, aber die prinzipielle Förderung von Bildungswilligen aus Arbeiterfamilien nicht mehr möglich ist. Das ist Dreggers Elitförderung, Nobelpreisträger können nur aus guten Kreisen stammen. Hier sucht die Rechtskoalition auch den sozialen Ausgleich: Können sonst die Opfer der Sparmaßnahmen nicht damit rechnen, daß ihnen ihre Opfer zurückgezahlt werden, wie die rückzahlbare Zwangsanleihe, so sind zumindestens die BAFÖG-Darlehen rückzahlbar.
- Die Zerstörung des sozialen Mietrechts: Es wird zwar zu keiner wesentlichen Steigerung der Neubaurate kommen, aber die Gewinnraten der Versicherungen werden wie die Mieten steigen.
- Die Einführung des Familiensplittings statt der Kappung des Ehegattensplittings ist die steuerpolitische Festschreibung der reinen christlicher Ideologie: Steuerlich begünstigt wird die Familie des Großverdieners, in der die Ehegattin nicht mitarbeiten muß und die darum den Vorstellungen der Blüms und Geißlers von der sitzamen und folgsamen KKK-Mutter-und-Frau entsprechen kann. Was den Gutverdienenden am Kindergeld für das 2. und 3. Kind genommen wird, wird ihnen durch das Familiensplitting mit Aufschlag wiedergegeben.

Daß diese Regierung bereit ist, noch weiter zu gehen, beweist Blüms Appell an die "Vernunft der Arbeitnehmer", in eine sechsmonatige Lohnpause einzuwilligen. Aber das Konzept dieser Regierung ist ein "Sieg der Ideologie über die Vernunft", denn "nicht die Haushaltsexperten geben den Ton an, sondern die Fachleute für die gesellschaftliche Wende", so Rolf Dietrich Schwartz in der Frankfurter Rundschau. Ob es eine Wende zum Guten für die Arbeitnehmer und die Wirtschaft sein wird, darf bezweifelt werden.

Außenpolitisch wird dieses aus parteitaktischen und persönlichen Egoismen geborene Kabinett der Mittelmäßigkeit und Provinzialität zum Spielzeug der anderen werden; innenpolitisch, das zeigt der erste Blick in die Vereinbarungen, wird diese Regierung als die Regierung des sozialen Raubbaus in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eingehen.

Die Gewerkschaften, die den Haushaltsentwurf 1983 der sozialliberalen Koalition gemeinsam mit der CDU/CSU als "sozial unausgewogen" kritisierten, müssen zur Kenntnis nehmen, daß das Regierungsprogramm der Rechten keine quantitative Verlängerung von schon bei der sozialliberalen Regierung vorfindbaren Ansätze darstellt, sondern tatsächlich eine Wende, ein qualitativer Schnitt. (-/11.10.1982/bgy/ca)

+ + +



Signalwirkung für ganz Lateinamerika

Siles Zuazo muß von Bonn und der EC unterstützt werden

Von Dagmar Luuk MdB

Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Rückkehr Boliviens zur Demokratie und die Übernahme des Amtes des Staatspräsidenten durch den Führer der linken Parteienallianz "Demokratische Volkseinheit" (UDP) Siles Zuazo ist für den gesamten amerikanischen Subkontinent von überragender politischer Bedeutung. Der erbitterte Widerstand der Bevölkerung, vor allem der Bergarbeiter aus den Zinnminen, hat die Grenzen der Militärmacht aufgezeigt und mit seinem Sieg schließlich ein hoffnungsvolles Zeichen für die Demokratie in Südamerika gesetzt.

Jetzt sind die westlichen Industriestaaten aufgerufen, diesem Land schnell und unbürokratisch zu helfen, das durch zweijährige Militärherrschaft in den absoluten wirtschaftlichen Ruin und in die Zahlungsunfähigkeit geführt worden ist. Den Verpflichtungen, die aus dem schwierigen demokratischen Neuanfang Boliviens erwachsen, darf sich gerade auch die Bundesrepublik nicht entziehen. Der neue Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit muß dafür sorgen, daß die deutsche Wirtschaftshilfe für Bolivien unverzüglich wieder aufgenommen wird. Darüber hinaus muß die Bundesregierung ihren Einfluß auf die Partner in der Europäischen Gemeinschaft geltend machen, damit auch im EG-Maßstab die Hilfsprogramme erneut anlaufen. Die Bedingungen, die der Internationale Währungsfond an die Gewährung eines Sofortkredites von 120 Millionen Dollar knüpft, sollten so beschaffen sein, daß dadurch der neue Präsident nicht vor unlösbare Aufgaben gestellt wird.

Der Sieg der demokratischen Kräfte in Bolivien hat Signalwirkung für ganz Lateinamerika. Gelingt es, die Demokratie in diesem Land zu festigen, die putschfreudigen Militärs in den Kasernen zu halten und die Wirtschaft aus der schlimmsten Krise in der 157jährigen Geschichte des Landes seit seiner Unabhängigkeit herauszuführen, wird dies nicht ohne Einfluß auf die politische Entwicklung in manch einem Nachbarland bleiben. Am 15. November stehen in Brasilien Wahlen an. 18 Jahre nach der Machtübernahme durch General Geisel haben die dort herrschenden Militärs freie Wahlen zugelassen. Ihr Ausgang wird weiteren Aufschluß über die Chancen der Demokratie in Lateinamerika geben!

(-/11.10.1982/hi/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Der Vorsitzende im F.D.P.-Kreisverband München-Land, Wolfgang Ihrig, hat den Rücktritt von seinem Amt mit folgendem Brief an den stellvertretenden F.D.P.-Kreisvorsitzenden Walter Mayr begründet:

Begründung jeweils: Machenschaften der F.D.P. in Bonn

Die Vorkommnisse der letzten Monate in der Bonner F.D.P.-Fraktion beziehungsweise der Umgang verschiedener Bundespolitiker miteinander, veranlaßt mich zur nachfolgenden Stellungnahme.

- a. Mein Eindruck zum jetzigen Einbringen des sogenannten Lambsdorff Papieres. Solche Vorschläge, um zum Beispiel die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen oder die Staatsverschuldung zu mindern, hätte ich von liberalen Politikern mit Weitblick schon vor der Bundestagswahl 1980 erwartet. Der Trend auf dem Arbeitsmarkt war schon längst erkennbar. Vorbeugen vor Arbeitslosigkeit hätte damals die Devise sein müssen.
Das Papier in vorliegender Form zum jetzigen Zeitpunkt scheint mir eher als eine Erpressung an einen langjährigen Partner gedacht zu sein, nicht aber als ernst gemeinte Diskussionsgrundlage.
Vielleicht nicht den Bürgern in unserem Lande aber zumindest der F.D.P.-Fraktion im Bundestag hätte bekannt sein müssen, daß hierzu die SPD nur nein sagen kann, was ja nun auch geschehen ist beziehungsweise von einigen Herren erwartet wurde. Solche Machenschaften sind unschön.
Schade, daß die Menschlichkeit, die die Politiker verbessern könnten, bei ihnen selbst nicht mehr vorhanden ist.
- b. Es ist meines Erachtens unrichtig, wenn Herr Genscher sagt, die SPD habe die Koalition beendet weil die Politik der SPD-Fraktion nunmehr identisch sei mit der Politik, die auf ihrem Münchner Bundesparteitag aufgezeigt wurde.
Richtig ist, daß der Wille zur Gemeinsamkeit seitens maßgebender Herren in der Bonner F.D.P.-Fraktion schon Monate vor dem SPD-Parteitag nicht deutlich genug gezeigt wurde.
Statt dessen waren Mäkeleien und spitze Kommentare der Herren Genscher und Lambsdorff an der Tagesordnung.
Mir schien die SPD-Reaktion, nach ihrem Bundesparteitag wieder mehr basisnahe Politik zu machen, nur zu verständlich.
Den liberalen Führungskräften scheint diese Fähigkeit abhanden gekommen zu sein.
- c. Verhinderung von sofortigen Neuwahlen durch Teile der F.D.P.-Fraktion.
Allen ist bekannt, daß momentan für die F.D.P. ein Neuwahlergebnis eher bei 4 % als bei 6 % liegt.
Der Bundestagswahlkampf 1980, bei dem ich als Kandidat mit dem besten bayrischen Stimmkreisergebnis beteiligt war, gab der F.D.P.-Fraktion ein zweistelliges Ergebnis mit auf den Weg. Eine gute Grundlage das durchzusetzen, was dem Wähler versprochen wurde und wofür die Basis gekämpft hatte.
Dies geschah nicht, sondern sogar das exakte Gegenteil von dem, wofür ich mich als Kandidat und als Kreisvorsitzender im F.D.P.-Kreisverband München Land eingesetzt habe.



Der Verlust an F.D.P.-Wählerstimmen auf jetzt cirka 5 % liegt m.E. daran, daß nach der Bundestagswahl 1980 maßgebende Herren der F.D.P. nicht das durchsetzen wollten, was Wähler und Basis von ihnen erwarteten.

Höhepunkt, eine Koalition mit der CDU/CSU unter gleichzeitiger Verhinderung von sofortigen Neuwahlen.

Nicht die Koalitionsaussage für die CDU/CSU, sondern viel mehr wie man sich vor einer sofortigen Bestätigung dieser gravierenden Entscheidung durch den Wähler drückt, finde ich mehr als unmoralisch. Und wenn ein Herr Genscher meint, (Brief vom 21.9.82) die Regierung aus SPD und F.D.P. ist an der Zerrissenheit der Sozialdemokraten gescheitert, dann frag ich ihn, warum nur die F.D.P. in der Wählergunst sinkt und warum kurz nach der Trennung in Bonn nur bei der F.D.P. Austritte und Rücktritte zu verzeichnen sind. (Begründung jeweils: Machenschaften der F.D.P. in Bonn).

Welche Möglichkeiten stehen mir offen, diese Art der Ignoranz gegenüber meiner Vorstellung von liberaler Politik zu beseitigen?

Weiterkämpfen doch wohl kaum.

Wenn man bedenkt, daß mein Engagement für eine Sache dafür benutzt wird, das Gegenteil zu tun, ist es besser Kräfte zu schonen oder anders einzusetzen.

Deshalb trete ich hiermit vom Amt des F.D.P.-Kreisvorsitzenden im Kreisverband München-Land zurück.

Erleichtert hat mir diesen Schritt auch die etwas dümmliche Äußerung des Herrn Möllemann - Alle, die den Wechsel der F.D.P. nicht unterstützen, mögen die Partei verlassen. (Nachrichten vom 21.9.82)

Ein Stich in ein liberales Herz.

Die Partei werde ich aber noch nicht verlassen.

Ich meine, solange ein Herr Möllemann nach solchen Äußerungen Mitglied der F.D.P. bleiben darf, muß auch für Liberale in der F.D.P. ein Platz bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Ihrig

(-/11.10.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

